



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

91. Ratssitzung vom 3. April 2024

3053. 2023/328

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 28.06.2023: Einhaltung des Steuerrechts und weiterer rechtlicher Vorgaben bei der kommerziellen Nutzung besetzter Gebäude

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1997/2023): *Bei den besetzten Liegenschaften gibt es oftmals eine kommerzielle Nutzung. Von einer sicheren internen Quelle erfuhr ich, dass die Besetzer beim Koch-Areal einen Umsatz von über einer Million Franken erzielten, ohne dass sie sich an die übergeordneten Regeln halten mussten, beispielsweise bezüglich Gewinnsteuer, Mehrwertsteuer und Sozialabgaben. Es wurden Geschäfte geführt, ohne dass die Abgaben, die jedes normale Geschäft leisten muss, entrichtet wurden. Es besteht der Verdacht auf Steuerbetrug oder sogar Steuerhinterziehung. Als Vizepräsidenten haben wir einen Richter, der sagen müsste, das sei ein Offizialdelikt. Wenn das jemand hört, müsste sich der Staat einschalten und dem nachgehen. Sie schreiben öffentlich aus, dass sie dort Party machen. Sie können auch nachprüfen, ob beispielsweise jemand in der alten Post Wipkingen Sozialabgaben leistet, ob jemand eine Gewinnsteuer ausweist, ob die Dokumente an den Staat eingereicht wurden. Das ist nicht der Fall, denn es sind illegale Besetzungen. Wir haben den schriftlichen Hinweis und klare Indizien, dass Steuerbetrug oder Steuerhinterziehung stattfinden. Selbst wenn das Postulat abgelehnt wird, erwarte ich, dass der Staat dem nachgeht. Es ist ein Offizialdelikt, bei dem man nicht darauf warten muss, dass die SVP den Staat bittet, dass die linken Hausbesetzer die Regeln einhalten. In der alten Post Wipkingen gibt es Flyer, die darauf hinweisen, dass sie ein Restaurant und ein Kino betreiben. Nachweislich wird von den Betreibern öffentlich gesagt, dass sie Umsatz machen. Man kann einfach überprüfen, ob die gesetzlichen Abgaben geleistet werden. Wenn die linke Seite das Postulat ablehnt, dann deckt sie Steuerbetrug. Auf der linken Seite war die Trennlinie immer, dass Sie gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug seien. Hier haben Sie mit dem angehängten Social-Media-Beitrag den Beweis.*

Moritz Bögli (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 12. Juli 2023 gestellten Ablehnungsantrag: *Es gibt nicht viel zu sagen zu diesem Postulat. Offensichtlich hat die SVP sehr wenig Ahnung, wenn es um Besetzungen geht. Von einer Einladung für eine Party darauf zu schliessen, dass sie kommerziell sei, ist amüsant und zeigt vor allem,*



was für ein Verständnis die SVP von Kultur hat: Wenn es nicht kommerziell ist, ist es offensichtlich keine Kultur. Ihr habt das Gefühl, dass bei Besetzungen Leute angestellt werden und Lohn erhalten, was absurd ist. Ich kann Ihnen versichern, dass das in keiner Zürcher Besetzung der Fall ist. Das Postulat erübrigt sich und ist völlig unnötig. Es handelt sich um etwas, das die Behörden bereits tun; es ist der Grundauftrag der Behörden.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Es ist logisch, dass wir keine Ahnung von Hausbesetzungen haben, denn wir wollen nichts mit rechtsfreien Räumen zu tun haben. Es sind Räume, in die sich der Staat nicht mehr reintraut. Wenn man die Webseite der Postbesetzer in Wipkingen anschaut, dann ist alles gratis und gemeinnützig. Wird das kontrolliert? Wovon leben sie? Sie geben gratis Mittagessen aus. Haben sie eine Erlaubnis dafür? Werden sie von der Feuerpolizei, vom Gesundheitsamt, der SVA kontrolliert? Wenn ein armer Student an einem Studentenfest einen Stand aufstellt, muss er eine Bewilligung dafür haben. Haben das die Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer? Ich zweifle das an. Wenn sie Velo flicken, was sie ebenfalls publizieren, haben sie die Verordnungen über Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz eingehalten? Wenn ich eine Velo-Werkstatt eröffne, muss ich das. Sind wir uns sicher, dass tatsächlich nichts verkauft wird und keine Steuern anfallen? Wer bezahlt Strom, Gas und Wasser, die Heizung und die warme Loge? Etwas geht nicht auf. Auch sogenannte Zwischennutzung sehen von aussen gleich aus wie Hausbesetzungen. Es finden gastronomische Aktivitäten statt; haben sie eine Gastronomie-Erlaubnis? Haben sie eine Ausschankbewilligung, wenn sie Alkohol verkaufen? Sind sie nicht mehrwertsteuerpflichtig? Wurde das jemals kontrolliert? Werden bei Konzerten SUISA-Gebühren geleistet? Ausserdem sind ausländische Bands migrationsrechtlich seit dem 1. Februar 2022 nicht mehr so einfach. Die Band Los Muñequitos de Matanzas aus Kuba trat beispielsweise an einer privatrechtlich organisierten Party in der Nähe auf. Sie wurde als Folge einer Anzeige des Migrationsamts polizeilich untersucht. Zum Glück ging das gut aus. Aber hat die Stadt geholfen, dass sie eine ordentliche Bewilligung des Migrationsamts erhielten, damit die Kubaner auftreten dürfen? Es ist ein sehr grosser bürokratischer Aufwand, bis eine kubanische Band in der Schweiz auftreten darf. Das war sicher nicht der Fall und ich vermute, dass ein illegales Konzert unter der Deckung unserer Stadtregierung stattfand. Das beweist, dass unser Postulat sehr wichtig und nötig ist.*

Derek Richter (SVP): *Das unsägliche Thema der Hausbesetzungen und Zwischennutzungen hat Tradition in Zürich, leider keine schöne. Das zeigt, dass wir ein strukturelles Problem haben mit dieser «Jekami-Politik», die Besetzungen und Zwischennutzungen gewissermassen legalisiert. Im Jahr 2015 haben Roger Liebi (SVP) und ich diverse Fragen zur Zwischennutzung an der Grubenstrasse 15 gestellt. Das waren Fragen zur Lebensmittelverordnung, Betriebssicherheit, Feuerpolizei, Hygiene, zu Elektro-Zertifikaten und Steuerfragen. Es wurde kein Rappen an Steuern abgeführt. Es fanden kommerzielle Konzerte statt, was diverse Einsätze der Kantons- und Stadtpolizei verursachte, wie man in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2015/272 lesen kann. Diese Praxis ist auch eine Ohrfeige für das Gewerbe, das sich an alle Vorschriften, Verordnungen und*



Gesetze hält. In diesen Zwischennutzungen wird gemacht, was man will. Gesetze, Verordnungen, Gebühren und die Polizeiverordnung sind nur Makulatur. Der Stadtrat hat sich in der Antwort mehr oder weniger foutiert, dass die Polizei und sip züri nur zufällig vorbeigekommen seien. Die Milchbar passt genau zum Thema. Es wurden null Rappen abgeführt und das bereits vor zehn Jahren. Was wurde in der Zwischenzeit besser? Nichts. Mit dieser Regierung wird es nicht besser, sondern schlimmer.

Samuel Balsiger (SVP): *Mit diesem Postulat entscheiden wir darüber, ob der Rechtsstaat in Zürich Bestand hat. Warum sollen Kleinunternehmer sich die Mühe machen, alle Prozesse zu durchlaufen, Mehrwertsteuer abzugeben und die Buchhaltung zu führen, während andere machen können, was sie wollen, weil sie aus einer politisch genehmen Ecke kommen? Das ist kein Rechtsstaat, es ist ein Unrechtsstaat, wenn man vor dem Gesetz nicht mehr gleich ist. Es gibt offensichtliche Hinweise auf eine kommerzielle Nutzung. Beim Kochareal wurde eine Million Franken umgesetzt. Das Geld wurde verteilt, jemand hat sich bereichert, ohne dass die gesetzlichen Abgaben abgeführt worden sind. Bei jedem Kleinunternehmer würde der Staat dem nachgehen, während hier nichts getan wird, weil die Besetzer aus der linken Ecke kommen. Es darf keine Rolle spielen, wer die Regeln bricht. Der Staat und auch Sie als Vertreter des Rechtsstaats müssen dafür sorgen, dass die Regeln überall eingehalten werden. Warum schützen Sie den Rechtsstaat nicht, wenn es klare Indizien auf Steuerhinterziehung oder Steuerbetrug gibt? Und was sagen Sie den kleinen Unternehmern unter Ihren Wählern? Warum sollen sich die Leute an Regeln halten, wenn Ihre ideologisch nahestehenden Kollegen machen, was sie wollen? Sie sprechen davon, dass die Zivilgesellschaft handeln und aktiv werden muss. Das muss sie auch hier, weil wir Indizien haben, dass der Rechtsstaat gebrochen wird.*

Florian Utz (SP): *Selbstverständlich ist die SP der Meinung, dass das Steuerrecht eingehalten werden muss, selbstverständlich sind wir gegen jede Form von Steuerhinterziehung. Auch uns ist klar, dass der Sozialstaat davon lebt und darauf angewiesen ist, dass geschuldete Steuern bezahlt werden. Es lässt sich argumentieren, dass es viel schlimmere Formen von Steuerhinterziehung gibt, als wenn keine Mehrwertsteuer für ein Bier an einer Party an einem besetzten Ort bezahlt wird. Das ist richtig und der Staat soll bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung den Schwerpunkt dort setzen, wo es um grosse Summe geht. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und sieht Möglichkeiten, die Einhaltung des Steuerrechts auch in diesem Bereich noch besser sicherzustellen. Wir sind die Letzten, die dem Stadtrat im Weg stehen, die Einhaltung des Steuerrechts sicherzustellen. Wir stimmen in diesem Sinn dem Postulat unaufgeregt zu. Wir stimmen dem Dispositiv des Postulats zu, das die Einhaltung des Steuerrechts fordert. Wir stimmen nicht den vorherigen Voten zu, die ich persönlich eher schwer verständlich fand.*

Martin Busekros (Grüne): *Diese Episode erinnert mich an Ihren Parteifreund Andreas Glarner, der im Aargau aufgrund einer persönlichen Fehde einen juristischen Kleinkrieg gegen eine Besetzung anzettelte. Er ging so weit, dass er in der Nachbarschaft eine Firma anmeldete. Er bezahlte die Miete für eine Liegenschaft und begann, Beschwerde an Beschwerde einzureichen. Erreicht hat er damit nichts, wie ihr wahrscheinlich heute*



4 / 4

auch nicht. Er hat nur erreicht, dass die Bauvorschriften umgesetzt wurden und die Besetzung geregelt wurde; das half ihnen. Dass die SP zustimmt, finde ich merkwürdig.

Moritz Bögli (AL): *Ich finde es auch eher merkwürdig, vor allem nach den Tiraden der SVP, die offensichtlich keine Ahnung von der Materie hat. Nicht kommerzielle Anbieter sind bis zu 250 000 Franken von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Ich bezweifle, dass eine Besetzung diesen Wert erreichen kann. Wir fokussieren uns hier auf ein paar wenige Besetzungen, während wir Steuerhinterziehung in einem riesigen Ausmass am Paradeplatz und am Zürichberg haben. Ich glaube, dass es markant sinnvoller wäre, unsere Ressourcen dort einzusetzen. Das will die SVP nicht. Ich kann die Argumentation der SP nicht verstehen, es geht um einen Grundauftrag, den die Staatsanwaltschaft bereits erfüllt, ob das Postulat überwiesen wird oder nicht. Ich finde es faszinierend, dass die SVP das Gefühl hat, dass die Besetzer Fans des Gremiums seien, das sie konstant räumt.*

Das Postulat wird mit 73 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat